

14. Juli 2010

HAMBURGER SCHULREFORM

Der Glaubenskrieg

Sollen Schüler länger gemeinsam lernen? So will es die Politik in Hamburg und NRW. Der Schaden wäre groß

Von **Thomas Kerstan**

Auf den ersten Blick klären die Hamburger an diesem Sonntag per Volksentscheid eine wenig aufregende Frage: Sollen die Kinder der Hansestadt künftig sechs Jahre lang die Grundschule (dann »Primarschule« genannt) besuchen? So jedenfalls will es der Senat aus CDU und Grünen, so wollen es auch die SPD und die Linkspartei. Oder bleibt es bei der vierjährigen Grundschulzeit? Dafür engagiert sich eine Elterninitiative, die mit einer überraschend erfolgreichen Unterschriftensammlung den Volksentscheid erzwungen hat.

Doch im Kern geht es um eine Frage, die weit über den Stadtstaat hinausreicht: Werden die Schulen, von denen die Zukunft unseres Landes abhängt, wieder zum Ort von Glaubenskriegen? Oder setzt sich die Vernunft durch? Also eine Politik, die pragmatisch, gestützt auf Erkenntnisse der Bildungsforschung, unsere Schulen voranbringt. Auch darüber entscheiden die Hamburger am Sonntag.

Die Bildungspolitik muss sich auf die Hilfe für die Schwachen konzentrieren

Für die sechsjährige Primarschule spricht **allein der Glaube** an die Vorteile des – so die Modefloskel – »längeren gemeinsamen Lernens«. Dieser Glaube treibt auch die SPD und die Grünen in Nordrhein-Westfalen, die bis 2015 dreißig Prozent der Schulen des Bundeslandes in sogenannte Gemeinschaftsschulen umwandeln wollen. Im Gegensatz zur Zwangsbeglückung nach Hamburger Art immerhin mit dem Versprechen, dies solle auf freiwilliger Basis geschehen.

Das »längere gemeinsame Lernen« werde, so die Überzeugung seiner Unterstützer – und der gute Wille sei ihnen nicht abgesprochen –, mehr Bildungsgerechtigkeit schaffen. Kinder aus sozial schwachen Familien könnten demnach in der Gemeinschaft mit Kindern aus höheren Bildungsschichten mehr lernen, als wenn die Schüler nach der vierten Klasse auf verschiedene Schularten aufgeteilt werden. Das Ziel ist lobenswert, sogar sehr wichtig, denn das deutsche Schulsystem hat sich im internationalen Vergleich als ungerecht erwiesen.

Allein – es gibt keinen Beleg dafür, dass dieses Ziel durch längeres gemeinsames Lernen erreicht wird. Zwar deuten statistische Berechnungen vage darauf hin. Aber es gibt handfeste Gegenbeispiele. Die Niederlande und Belgien etwa verfügen über eine sechsjährige Grundschule und sind, wie die Pisa-Studie zeigt, sozial noch ungerechter als Deutschland. Und welches Bundesland zeigte sich bei dem jüngsten Ländervergleich der Schülerleistungen als das ungerechteste? **Es war Berlin, wo die Kinder sechs Jahre lang gemeinsam die Grundschule besuchen. Dort ist die Leseleistung der Schüler, wie es die Bildungsforscher formulieren, am stärksten an ihre soziale Herkunft gekoppelt.**

Es ist erstaunlich, wie hartnäckig von den Anhängern des längeren gemeinsamen Lernens auch die Studie des Züricher Bildungsforschers Helmut Fend ignoriert wird. Fend, ursprünglich ein Befürworter der Gesamtschule, hat die Bildungsbiografien hessischer Schüler untersucht. **Das ernüchternde Ergebnis: Die**

soziale Herkunft der Schüler bestimmt deren Schul- und Berufsabschlüsse – unabhängig davon, ob sie vorher eine Gesamtschule oder eine Schule des gegliederten Systems besucht haben.

Man könnte die schulpolitischen Glaubenskrieger gewähren lassen, aber sie richten in zweierlei Hinsicht großen Schaden an:

Erstens zerschlagen sie ohne Not funktionierende Strukturen. In unserem problembeladenen Schulsystem erbringen die bei den Eltern beliebten Gymnasien ganz passable Leistungen. Ihnen nach der Belastung durch die Gymnasialzeitverkürzung (G8) nun zwei weitere Klassen zu amputieren ist abenteuerlich. Sich zu den vorhandenen Problemen des Schulsystems noch neue zu schaffen ist eine Torheit.

Zweitens kosten die fragwürdigen Strukturveränderungen viel Kraft; die der Schulverwaltungen, durch den Streit auch die der Eltern, Lehrer und Schüler und die der Schulpolitik. Die Kraft aller aber wird an anderer Stelle gebraucht: Jeder fünfte Schüler verlässt unsere Schulen, ohne dass er richtig lesen und rechnen kann! Das ist die offene Wunde unserer Gesellschaft. Wenn hier nicht gehandelt wird, dann leidet nicht nur unsere Wirtschaftskraft darunter, weil der Mangel an Fachkräften durch das Schrumpfen der Bevölkerung größer wird; dann nehmen auch der soziale Friede und die politische Stabilität Schaden.

Den Jugendlichen, denen der Start in einen qualifizierten Beruf und damit ins Leben verbaut wird, hilft keine Gerechtigkeitsrhetorik, sondern nur konkrete Unterstützung.

Im Gegensatz zum Effekt längeren gemeinsamen Lernens ist die Wirkung einiger Maßnahmen nachgewiesen, welche die Zahl der Bildungsverlierer minimieren.

Einig ist sich die Bildungsforschung darin, dass die frühkindliche Bildung am wirkungsvollsten ist, beginnend mit Hilfsangeboten für Problemfamilien von der Geburt an. Was in dieser Zeit versäumt wird, ist später kaum wiedergutzumachen. Auch die gezielte Sprachförderung – nachmittags, am Wochenende, in den Ferien, vor der Schule und bis zum Schulabschluss – verspricht Erfolg.

Nach all dem Streit der siebziger Jahre um die Gesamtschule können wir es uns nicht leisten, wiederum Jahre und Jahrzehnte in Debatten um die Schulstrukturen zu vergeuden.

Wenn die Hamburger am Sonntag die überflüssige Primarschule ablehnen – dann wird Kraft frei, um den Bildungsverlierern zu helfen.

Quelle DIE ZEIT, 15.07.2010 Nr. 29